



Gert G. Wagner ist Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Politik muss und kann mehr sein als Wirtschaftspolitik

Was waren das doch für Zeiten, als vor etwa 20 Jahren die Mauer wie ein Kartenhaus zusammenklappte? Der Beleg, dass marktwirtschaftliche Systeme dem Plan überlegen waren, konnte deutlicher nicht erbracht werden. Heute ist Ernüchterung eingetreten, denn auch der Kapitalismus steckt in einer Krise. Immer deutlicher ist zu Tage getreten, dass die Vorstellung, man müsse den Märkten nur mehr Spielraum geben und alles werde gut, in die Irre geführt hat. Heute zeigt sich, dass dieser Marktradikalismus auch die ganz banale Funktion hatte, Teilen der wirtschaftlichen Elite den politischen Spielraum zu verschaffen, der es – ideologisch überhöht – erlaubte Umverteilung von unten nach oben zu betreiben. Erstaunlich ist es, dass trotz der zwischenzeitlich notwendigen Sozialisierung des von Akteuren auf den Finanzmärkten angerichteten Schadens die Politik bis vor kurzem nicht willens war, Maßnahmen zu ergreifen, die die Finanzmärkte effektiv zähmen könnten. Gereicht hat der Gestaltungswille lediglich dazu, die unmittelbaren Folgen der Bankenkrise abzufedern. Noch immer glauben viele Politiker, was ihnen wirtschaftspolitische Berater immer wieder sagten, dass gegen „die Märkte“ nicht viel auszurichten sei. Trotz vieler empirischer Ergebnisse, die Marktunvollkommenheiten zeigen, und grundlegenden Erkenntnissen der Verhaltensökonomie, die Marktunvollkommenheiten erklären, gilt Keynes, der immer Marktunvollkommenheiten und „Irrationalitäten“ betonte, in der Wirtschaftspolitik als überholt. Das trifft ganz besonders für Deutschland zu, wo die Wirtschaftswissenschaften und auch die Wirtschaftspolitik stark neoklassisch geprägt sind. Umverteilung und Transfers zugunsten der Schwachen gelten als grundsätzlich schädlich.

Als wäre all das nicht schon Krise genug, gibt es in der Eurozone auch noch eine Krise, die Umverteilung und Transfers erfordert. In Europa macht sich sehr schmerzlich bemerkbar, dass mit der Schaffung einer Währungsunion der zweite oder dritte Schritt vor dem ersten gemacht wurde. Eine Währung spiegelt immer die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die politische, insbesondere die finanzpolitische

Solidität einer politischen Einheit wider. Deshalb hätte vor dem Euro eine gemeinschaftliche Finanzpolitik und eine aufeinander abgestimmte Wirtschaftspolitik stehen müssen. Jetzt muss die Politik die Versäumnisse so gut wie möglich ausbessern, will sie nicht den Zerfall der Eurozone riskieren, der kaum absehbare politische Konsequenzen hätte.

Man sollte sich erinnern: Die Europäische Union ist keineswegs als ein ökonomisches Konzept gedacht gewesen, sondern als ein politisches Modell. Was heute oft vergessen wird: Im kleinteiligen Europa ist eine Zeit von über 50 Jahren ohne Krieg zwischen Staaten eine Besonderheit. Die europäische Jugend wird heutzutage mit einer ganz anderen Perspektive groß: Sie rechnet mit einem dauerhaften Frieden und orientiert sich grenzüberschreitend – nicht nur im Urlaub, sondern auch in beachtlichen Teilen beruflich.

Wie man es dreht oder wendet: Soll Europa nicht auseinanderbrechen, werden Transferzahlungen auch weiterhin unumgänglich sein. Man kann dies mit dem Begriff „Transferunion“ diskreditieren. Man könnte aber auch deutlich sagen: Wir wollen eine Transferunion sein, da uns ein friedliches Europa sehr viel wert ist. Allerdings kann praktizierte Solidarität mit den Krisenländern keine Einbahnstraße sein. Auch sie stehen in der Pflicht und müssen sich als verlässliche Partner erweisen, die die gewährte Unterstützung als Hilfe zur Selbsthilfe ansehen. Die Bedingungen, unter denen Hilfen gewährt werden, müssen von allen Mitgliedern der Eurozone getragen werden. Auch hier sind also Regulierungen nötig. Die Regeln müssen verbindlich und für alle Seiten nachvollziehbar sein. Im Klartext heißt das: Staaten und Regierungen, die auf außerordentliche Hilfen angewiesen sind, müssen sich von der EU „hineinregieren“ lassen. Wer Hilfen in Anspruch nimmt, wird zeitweise einen Teil seiner Autonomie aufgeben müssen. Dazu werden Staaten und ihre Wählerinnen und Wähler nur bereit sein, wenn sie von der europäischen Friedensidee überzeugt sind. Dafür muss die Politik endlich kräftig werben und sich nicht bloß von „den Märkten“ instrumentalisieren lassen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Dr. Thure Traber

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.